

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstmal täglich mit Ausnahme der Feiertage nachmittags 3 Uhr für den nächsten Tag. Bezugspreis bei
Geldhebung monatlich 2 M., durch unsere Kostträger eingetragen in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande
2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie
andere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder
sonstiger Betriebsstörungen bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 2 M. für die 6 spaltige Kopfzeile oder deren Raum, Restlinien, die 2 spaltige Kopfzeile 1 M.
Zur Wiederholung und Fortsetzung entsprechender Preisnachsch. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von
Behörden) die 2 spaltige Kopfzeile 1 M., Nachstellungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis voraussichtlich
10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzei-
genbruch erfolgt, wenn der Betrag durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kenntnis gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rosten.

Verleger und Drucker: Arthur Bismarck in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Bismarck, beide in Wilsdruff.

Nr. 151

Sonnabend den 1. Juli 1922.

81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In Berlin fanden Besprechungen der Parteiführer mit dem Reichsführer und eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder statt, um über die Getreidemenge und das Gesetz zum Schutz der Republik eine Einigung zu finden.

* Bei Frankfurt a. O. wurde der eine der drei Attentäter, die den Mord an Rathenau verübten, der 21jährige Ernst Tschow verhaftet.

* In Berlin wurden mehrere Personen festgenommen, die einem an der Vorbereitung des Rathenau-Mordes beteiligten Geheimbunde angehören.

* In Dublin sind schwere Kämpfe zwischen den Truppen der provisorischen Regierung Irlands und den Aufständischen im Gange.

Düstere Wolken.

Einen Augenblick schien es so, als sollte der Reichstag unter dem furchtbaren Antriebe der neuesten Mordtat die Aufgaben, die er noch zu lösen hatte, in beschleunigtem Tempo ausarbeiten. Ein solches Verfahren wäre um so mehr zu begrüßen gewesen, als ja der Regierung und allen Behörden des Landes aus der neuen Lage, in die wir geraten sind, eine Reihe wichtiger und unauflösbarer Pflichten erwachsen sind, deren Bewältigung freie Köpfe und freie Arme erfordert.

Statt dessen ergeben sich bei jedem Schritt auf dem vulkanisch unermesslichen parlamentarischen Boden ganz plötzlich unvorhergesehene Schwierigkeiten besonderer Art. Das Gesetz über die Getreidemenge war schon so gut wie gesichert. Auch die Sozialdemokraten boten ihre Hand zur Beilegung der letzten Meinungsverschiedenheiten, und am Mittwoch sollte das Plenum sein Siegel auf die Kompromißvorschläge des volkswirtschaftlichen Ausschusses drücken. Aber im letzten Augenblick ein neuer Stein des Anstoßes: Die Preisfrage. Es bliebe eine Differenz von 1500 bis 2000 Mark für den Doppelpentener Weizen bzw. Roggen zwischen dem, was unter Führung des Zentrums die bürgerlichen Parteien für richtig hielten, und dem, was die Sozialisten aller Schattierungen gerade noch als tragbar zugaben. Im Streitpreis hätte sich dieser Unterschied etwa in einer weiteren Erhöhung von 20 Mark ausgewirkt, so daß wir binnen kurzem statt 15 auf 20 bis auf 40 Mark für das Brot gelangen müßten. Man kann es den Linksparteien nachsehen, daß sie hier eine bestimmte Grenze nicht überschreiten wollen, ebenso aber auch den bürgerlichen Parteien, wenn sie das der Landwirtschaft zugewandte Opfer auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken suchen. In ruhigeren Zeiten würde sich umschwer ein Mittelweg zwischen diesen beiden Standpunkten ausfindig machen lassen; aber die Sozialdemokraten sind im Augenblick weniger als je geneigt, mit sich handeln zu lassen, zumal sie mit Unabhängigen und Kommunisten eine gemeinschaftliche Aktion verabredet haben, die ihre Bewegungsfreiheit auch in anderen wichtigen Fragen schon sichtlich beeinträchtigt. Einen Wahlkampf unter der Parole: „Gegen den Brotwucher!“ haben sie ihrer Überzeugung nach nicht weniger als zu scheuen.

Dazu kommt das eben erwähnte Aktionsprogramm zum „Schutze der Republik“. Es geht ungleich weiter als die neueste Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten, es baut den Kampf gegen Rechts mit aller Entschiedenheit aus auf Kosten wesentlicher Grundrechte der Weimarer Verfassung, die ihnen also in diesem Punkte durchaus veränderungsbedürftig erscheint. Es ist fast sicher, daß keine der bürgerlichen Parteien auf diesem Wege bis zum letzten Zielpunkt folgen wird. Es müssen hier Gegensätze aufeinanderprallen, die sich wie Feuer und Wasser voneinander scheiden. Deshalb ist es mehr als zweifelhaft, ob ein solches Programm, wenn man es auch mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen gewalttätige Feinde der Republik begründen mag, die in der Verfassung vorgesehene Zweidrittelmehrheit im Reichstage finden wird. Aber die Sozialdemokraten, auch hier wieder verstärkt durch Unabhängige und Kommunisten, versetzen sich darauf, daß die von ihnen auf die Tagesordnung gestellten Forderungen ungesäumt zur Entscheidung gebracht werden; auf die Gefahr hin, daß die bisherige Regierungskoalition darüber in die Brüche geht. Ein Wahlkampf im Bunde mit den beiden anderen Arbeiterparteien um solche Parole, hat für sie nur etwas ungemein Verlockendes, und sie scheinen gar kein Interesse daran zu haben, trotz der schwierigen außenpolitischen Lage, in der wir uns befinden, ihn zu vermeiden.

Wer in diesen die Dinge weniger vom Standpunkt bestimmter Parteinteressen ansieht, wer davor zurückschreckt, unser Volk unmittelbar im Anschluß an die furchtbaren Erregungen dieser Tage in den Strudel eines leidenschaftlich bewegten Wahlkampfes hineinzujerkeln, der mag die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß die führenden Männer des Reichstages es doch noch verstehen werden, die Gefahren zu beschwören. Insbesondere dem Herrn Reichspräsidenten, dessen Rekonvaleszenz sich wohlwollend geltend gemacht hat, wird auch jetzt wieder die Aufgabe zufallen, den Staatswagen rechtzeitig zu bremsen, auf daß er nicht in den Abgrund rollt.

Verhaftung eines Rathenau-Mörders.

Der Führer des Autos festgenommen.

Berlin, 29. Juni.

Schon in der Nacht auf heute ließ die Polizei bekanntgeben, daß die Mordtat an dem Reichsminister in vollem Umfange aufgeklärt und die Persönlichkeiten der Beteiligten festgestellt seien. Heute um die Mittagsstunde folgte die Meldung von der Verhaftung eines der Mörder.

Der Attentäter Tschow

Er ist der zweite Sohn des vor dem Kriege verstorbenen Berliner Magistratsrates Tschow und heißt mit Vornamen Ernst Werner.

Tschow ist am Sonntagabend aus Berlin geflohen. Er ist abends mit dem D-Bus, der Berlin 8,35 Uhr verläßt, nach Halle gefahren und hat dort bei eingeweihten Freunden Unterkunft gefunden. Am Abend des Montag fuhr er dann von Halle nach Frankfurt a. O. Dort haben ihn Beamte der politischen Polizei des Berliner Polizeipräsidiums aufgespürt, die erfahren, daß er sich bei seinem Onkel auf einem Rittergut in der Nähe von Frankfurt aufhielt. Das Gut wurde abends von Beamten umstellt, um eine Flucht zu verhindern. Als man zur Verhaftung schritt, versuchte Tschow Gegenwehr zu leisten. Er ergab sich aber bald, als er sich der polizeilichen Übermacht gegenüber sah. Seine Vernehmung wurde sofort begonnen. Er ist derjenige, der das Auto gesteuert hat.

Der Verhaftete ist ein großer, schlanker junger Mann, der Technik studieren sollte. Er war beim Rapp-Busch beteiligt und führte damals ein Maschinengewehr im Reichsmarineamt. Er ist 21 Jahre alt.

Die Familie Tschow stammt angeblich aus dem märkischen Landadel, hat aber das Adelsprädikat abgelegt. Der verstorbene Vater war eine ruhige Persönlichkeit, die in politischer Beziehung nie hervorgetreten ist. Er führte, da er durch seine Heirat sehr wohlhabend geworden war, ein gastliches und großes Haus in der Berliner Vorstadt der Heidestraße. Dort wohnte die Familie auch jetzt noch, die Mutter mit drei Söhnen. Die Witwe Tschow wird als nervöse Frau geschildert, die sich stark kritisch den neueren Verhältnissen in Deutschland gegenüberstellt. Der älteste Sohn, früher Offizier, teilt die radikalen Anschauungen der übrigen Familie nicht, die außer dem Verhafteten noch einen dritten 16jährigen Sohn, einen Schüler, zu sich zählt.

Eine Verschwörung.

Eine Anzahl weiterer Personen, die der Mordtat beteiligt sein sollen, wurden von der Berliner politischen Polizei festgenommen. Auch der bekannte Kapitänleutnant Manfred von Klinger ist im Ostseebad Prerow wieder festgenommen und nach Berlin gebracht worden. Eine Gruppe von Leuten soll das Attentat gegen Rathenau auf das Genaueste vorbereitet haben. Tschow, Fischer und Knauer gehörten zu dieser Gruppe.

Die Persönlichkeiten der Verhafteten.

Die der Teilnahme an der Ermordung des Ministers rathenau überführten Personen, die von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums ermittelt und festgenommen wurden, sind: 1. Kaufmann Richard Schütt in Berlin, 2. Kaufmann Franz Diefel in Berlin, die Besitzer der Autogarage, in welcher der zur Mordtat benutzte Kraftwagen untergebracht war. 3. der Gymnasiast Gerd Tschow in Berlin. 4. Student Willy Günther in Berlin. 5. Gymnasiast Heinz Stabenrauch in Berlin.

Der Gymnasiast Tschow ist der Bruder des Mordtäters Ernst Werner Tschow. Gerd Tschow, Günther und Stabenrauch waren die Mitwisser bzw. Urheber des Mordplans. Schütt und Diefel waren Mitwisser bzw. Begünstiger des Mordes.

Die Rolle des Willy Günther.

Besonders belastet erscheint der Student Willy Günther. Ihm soll die Mitwisserschaft sowie die Gelüste zum Morde bereits nachgewiesen sein. Günther war sowohl bei den Vorbesprechungen, die sich um den Plan des Mordes drehten und die in einem Berliner Vorort stattfanden, anwesend, als auch den Täter in jeder Weise beihilflich. Er hat für den Mörder Tschow die Garage ausfindig gemacht, in der das von auswärts kommende Automobil, das bei der Mordtat benutzt wurde, untergestellt werden konnte. In alle Einzelheiten der geplanten Tat war er genau eingeweiht.

Nach dem amtlichen preussischen Presse-Dienst war Günther während des Rapp-Busches im Vorzimmer des Generals v. Lüttich bei Oberst v. Bauer als Ordmanngastwirt tätig. Günther ist Mitglied des Bundes der Aufrechten, des Deutschnorddeutschen, des Deutschen Offizierbundes, des Deutschnationalen Jugendbundes. Er soll bei der Absicht des Mordansatzes zugegen gewesen sein. Im Besitz des Günther, der sich auf seine nähere Bekanntheit mit führenden Persönlichkeiten bezog, ist eine Reihe von Briefen gefunden worden, aus denen hervorgeht, daß Günther in gesellschaftlichen und politischen Beziehungen zu hervorragenden Leuten stand. So wurden

Briefe von Hefflerich, Ludendorff, Jagow, Westarp gefunden. Die Verhaftung Günthers und die Durchsuchung bei ihm ist auf Veranlassung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung erfolgt.

Unruhen und Zusammenstöße.

In verschiedenen Orten des Reiches kam es im Verlauf dieser Tage noch zu Unruhen und Gewalttätigkeiten. In Elmshorn drangen junge Leute im Streit mit Schülern in die Bismarckschule und in das Gymnasium ein, rissen die Bilder von Heerführern und andere Gemälde von den Wänden, vernichteten sie und warfen sie aus dem Fenster. Zwei schwarz-weiß-rote Fahnen wurden zerissen.

In Worms wurde die Wormser Zeitung gestürmt und der Redakteur gezwungen, eine Erklärung abzugeben, daß die Zeitung einen am Montag erschienenen Artikel mißbillige und zurücknimmt. — Bei den Kundgebungen in Pöbau (Sachsen) drang die Menge in das Grundstück des sächsischen Postleiters und suchte den Verleger und verantwortlichen Schriftleiter Witte, den sie fälschlich ausfindig machte. Als Witte einen Schreckschuß abgab, fiel die Menge über ihn her, wobei Witte eine Kopfverletzung davontrug. Witte wurde dann auf einem Wagen durch die Straßen gefahren, bis er im Amtsgericht Aufnahme fand.

In Nordheim zog eine Anzahl Demonstranten zum Gesundbrunnen, um die vom Jungdeutschen Orden veranstaltete Aufführung der „Hermannschlacht“ zu unterbinden. Hierbei kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und den Ordensbrüdern, wobei auch das Hotel „Sonne“ schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Zur Reform der Außenhandelsstellen.

Zu der letzten Sitzung des Außenhandelsausschusses der Außenhandelsstelle für den Exporthandel wurden Kommissionen gebildet, welche die Herabsetzung des Devisenabfertigungssolls der Firmen des Exporthandels, die Vereinheitlichung der Vorschriften über die Valutafakturierung, die Stellung der Einkaufskommissionäre unter dem System der Ausfuhrkontrolle, die Verbindung der Firmen mit eigenen Niederlassungen im Ausland sowie die Frage der Verlängerung einmal erteilter Ausfuhrbewilligungen unter dem Gesichtspunkte der Wahrung der Vertragstreue prüfen sollen. Der Mangel an Einheitlichkeit in den Bestimmungen über die Ausfuhrkontrolle wurde lebhaft besprochen und beklagt.

Große Sachleistungen für Frankreich?

In der französischen Kammer soll ein Gesetzentwurf eingebracht werden, durch den die Regierung aufgefordert wird, mit Deutschland über ein Abkommen zu verhandeln, um gemäß dem Versailler Friedensvertrag die Lieferung indirekter Reparationen in natura abzuschließen. Durch dieses Abkommen soll die Möglichkeit geschaffen werden, große öffentliche Arbeiten auszuführen und die wirtschaftlichen Hilfsmittel Frankreichs und seiner Kolonie zu verbessern.

Geschie über süddeutsche Sonderpolitik.

Das Pariser Blatt „Victoire“ berichtet, es verlautet, daß der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern vor einiger Zeit nach Paris gekommen sei, um das Terrain für die Durchführbarkeit einer Separationspolitik zu sondieren. Das Blatt sagt, einige französische Politiker hätten an dem Traum einer Zertrümmerung der deutschen Einheit fest und würden aus einer solchen Hoffnung heraus die Wiederherstellung des Königtums in Bayern nicht ungern sehen. Nach ihren Plänen müßte dann Österreich mit dem neuen Königreich Bayern vereinigt werden, damit ein süddeutsches katholisches Reich dem protestantischen Norddeutschland gegenüberstände. Das Blatt selbst erklärt diesen Traum für ein Hirngespinnst. Die deutsche Einheit sei endgültig gesichert und könne nicht mehr zerbrochen werden. Die Gerüchte selbst scheinen überhaupt sehr zweifelhafter Art zu sein.

Deutsch-Osterreich.

× Gegen den Gewaltfrieden — für den Anschluß. Anlässlich des dritten Jahrestages der Unterzeichnung des Friedens von Versailles veranstaltete die deutschösterreichische Studentenchaft in Wien in der Universität in Anwesenheit vieler Mitglieder des akademischen Senats und der Direktoren der Hochschulen eine Kundgebung gegen den Gewaltfrieden. Professor Schwind wies auf die Lebensunfähigkeit Österreichs als selbständigen Staatengebilde hin und erklärte, daß der Anschluß an Deutschland unbedingt kommen müsse, weil er eine Notwendigkeit sei. Es wurde eine Entschlüsselung angenommen, in der es heißt: „Wir wollen nicht eher ruhen, bis der Versailler Frieden einem Frieden der Gerechtigkeit Platz gemacht hat, der vor allem den Zusammenschluß aller deutschen Stämme zu einem großen deutschen Vaterlande gewährleistet.“

Frankreich.

× Das Streben nach dem Rhein. Ein Artikel des „Echo de Paris“ beweist erneut, wie unerträglich trotz aller sonstigen Verhandlungen die Franzosen ihre Augen nach dem deutschen Rheinstrom gerichtet halten. In diesem Artikel wird von dem seitens Frankreich wiederholt bean-